

Bundesregierung antwortet auf Landtagserklärung

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl, hat in einem Schreiben an Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe zur Erklärung des Landtags Nordrhein-Westfalen zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, wie folgt, Stellung genommen:

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 8. April 1992 und die Übersendung der Erklärung des Landtages Nordrhein-Westfalen zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu danken und Ihnen zu antworten.

Die Bundesregierung hat die Erklärung des Landtages von Nordrhein-Westfalen vom 3. April 1992 mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Sie wird auch weiterhin alle politischen Möglichkeiten nutzen, um auf eine friedliche Lösung des Konflikts im Südosten der Türkei hinzuwirken. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung die Türkei daran erinnern, daß sie sich als Teil der westlichen Wertegemeinschaft und als Mitglied des Europarats, der KSZE und der NATO an die Verpflichtungen halten muß, die sie beim Eintritt in diese Organisationen eingegangen ist. Besonderen Wert wird die Bundesregierung dabei der Beachtung der Konventionen und Dokumente zu den Menschen- und Minderheitenrechten beimessen. Sie hat allerdings auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Terrorismus auf das Entschiedenste verurteilt und jeder Staat das Recht hat, sich gegen terroristische Handlungen mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Der Herr Bundeskanzler hat dies in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 2. April 1992 bekräftigt.

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Bohl“

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 4. Juni 1992, um 9 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschöeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

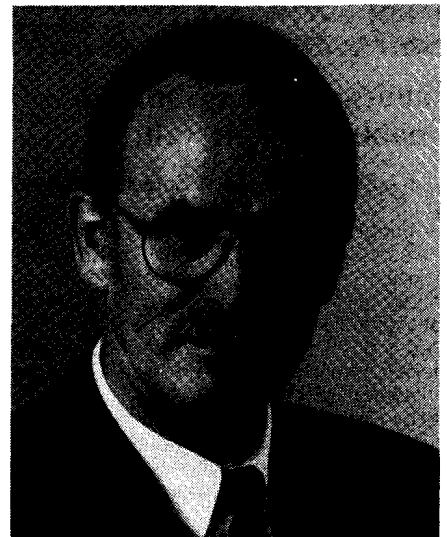
Porträt der Woche

„Meyers für Meyers“ hieß im Frühjahr 1990 ein Wahlkampfslogan im Kreis Wesel. Der eine mit Vornamen Franz hatte zu diesem Zeitpunkt längst der politischen Plattform im Düsseldorfer Landtag den Rücken gekehrt, der andere wollte diese Hürde eben erstmals erklimmen. Franz Meyers, bis 1966 CDU-Ministerpräsident, warb auf einer Veranstaltung für Senioren in Wesel für den christdemokratischen Kandidaten Heinrich Meyers.

Ob mit Erfolg oder nicht — das läßt sich heute statistisch nicht messen. Auf jeden Fall legte der andere — Heinrich — Meyers im Kreis Wesel gegenüber dem CDU-Wahlergebnis von 1985 noch um einige Punkte zu und rückte über die Landesresserveliste in die Landtagsfraktion. Ein Mandat, „das sich mit dem Amt des Bürgermeisters ideal ergänzt“, sagt der 53-jährige. „Ich halte es für ganz wichtig, auch als Landespolitiker permanent ganz konkret vor Ort mit den Ergebnissen der Landespolitik konfrontiert zu werden. Daraus wieder kann man Rückschlüsse für die Arbeit in Düsseldorf ziehen.“ Als Beispiele nennt er die Förderpraxis bei der Abwasserbeseitigung („eine klare Benachteiligung des ländlichen Raums“) und vor allem die Asylproblematik, Stichwort Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes, mit der er sich als Mitglied des Innenausschusses u. a. beschäftigt. „Gerade in der Innenpolitik ergeben sich viele Berührungspunkte zur Kommunalpolitik.“ Das trifft auch auf den Bereich Schule zu. Der 53-jährige Rektor a. D., dessen Hauptschule wegen der Gesamtschule kurz vor der Landtagswahl geschlossen werden mußte, ist stellvertretendes Mitglied im Schulausschuß.

Ein weiteres Anliegen ist für den CDU-Politiker die Kulturpolitik. Auch für ländliche Gemeinden dürfe nicht allein die materielle Infrastruktur zählen, sondern auch die geistige, meint er. „Es besteht die Pflicht, ein kulturelles Angebot vorzuhalten.“ Daher habe seine Gemeinde auch den Kulturetat bei der Durchforstung nach Einsparmöglichkeiten außen vor gelassen. Mit Betroffenheit denkt er noch an den vergangenen Herbst zurück, als bei einem Brandanschlag auf ein Asylantenwohnheim im benachbarten Hünxe zwei kleine Mädchen schwer verletzt wurden. Noch am gleichen Tag, am 3. Oktober 1991, brachte Heinrich Meyers mit städtischen Angestellten zwei Familien mit neun Kindern aus einem Wohnheim, dessen Fensterscheiben eingeworfen wurden, in einem sicheren Haus unter. Einen Tag später appellierte er in einer mit viel Beifall und Lob bedachten Rede im Plenum, „nicht den Teufel der Ausländerfeindlichkeit an die Wand zu malen und in die Köpfe der Menschen hineinzugeben. ... Wenn wir mit dem Gerede von Ausländerfeindlichkeit so weitermachen, dann ist das eine Beleidigung für den überwiegenden Teil der Menschen in unserem Lande.“

Berührungs- und Gesprächspunkte mit den Bürgern im Kreis Wesel ergeben sich genug, sei es als CDU-Kreisvorsitzender, als einziger CDU-Landtagsabgeordneter



Heinrich Meyers (CDU)

für das Kreisgebiet oder als Bürgermeister von Hamminkeln. Für überregionale Schlagzeilen sorgte diese Gemeinde, als sie 1991 als erste in NRW gegen die Anrechnung der Fläche bei der Verteilung neuer Asylanten vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster Klage einreichte. Das Urteil steht noch aus, „aber ich bin überzeugt, daß sich diese Regelung im Gesetz nicht halten läßt“.

Für die Politik entschied er sich als junger Lehrer in der einklassigen Schule Marienthal im niederrheinischen Brünen. Dort herrschten 1966 — weit und breit wohl ein Kuriosum — außergewöhnliche politische Verhältnisse: Die F.D.P. besaß die absolute Mehrheit. Heinrich Meyers beschloß, sich der CDU anzuschließen „mit dem Ziel, im christlich-demokratischen Sinne die Verhältnisse in meiner Heimatgemeinde mitzugestalten“. Dazu hatte er auch bald Gelegenheit. 1969 zog er in den Rat ein, avancierte zum Fraktionssprecher, bis die kommunale Neugliederung Brünen in die Gemeinde Hamminkeln aufgehen ließ. In Brünen gehörte der Pädagoge mit den Fächern Deutsch, Mathematik, Geschichte/Politik und katholische Religion noch der Oppositionsbank an, in Hamminkeln nun lernte er die andere, sicherlich angenehmere Seite kennen, „nämlich welche Möglichkeiten sich eröffnen, wenn man die Mehrheit hat.“ Im Landtag wiederum sitzt Heinrich Meyers erneut auf der Oppositionsbank. Er sieht da Parallelen zu seinem Lieblingsautor, dem er sich, wie er bedauert, wegen der politischen Arbeit nicht mehr viel widmen kann. In den Werken Franz Kafkas komme immer wieder das vergebliche Anrennen gegen festgefahrene Strukturen zum Ausdruck, die Zweifel an der eigenen Existenz. „Dieses Grundmotiv Kafkas ist bei den derzeitigen Verhältnissen im Landtag für die Opposition leicht nachzuvollziehen.“ Doch im Gegensatz zu Kafka, bei dem die Akteure vergeblich gegen das Unabwendbare aufbegehren, ist Meyers optimistisch, daß hier der Schriftsteller nicht recht behält.

Peter Kummer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)